

HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 12

50. Jahrgang

Dezember 1996

*Christlich hoffen heißt, um das Böse zu wissen
und doch zuversichtlich der Zukunft
entgegenzugehen.*

Joseph Kardinal Ratzinger

Beschwörungsformel Solidarität

Wohl kein anderer aus dem römischen Recht stammender Begriff hat in der modernen Organisationsgesellschaft so erfolgreich Karriere gemacht wie „Solidarität“. Kein anderer Begriff mit globalem Verpflichtungscharakter und individuellethischer Untermalung geht Politikern und anderen öffentlichen Rednern leichter von den Lippen; zumindest darf das Wort in keiner Rede fehlen. Kein Gewerkschaftskongress geht über die Bühne, ohne daß hundertfach zu „Solidarität“ aufgefordert wird; und selbst auf Sitzungen von Unternehmensverbänden wird neustens wenigstens „die Solidarität der Mitglieder“ eingefordert. Und selbstredend wird nicht nur in jedem Parteiprogramm ausgiebig darüber gehandelt, sondern kommt auch kein Sozialverband oder keine karitative Vereinigung ohne die redundante Beschwörung einer „solidarischen Gesellschaft“ aus. Solidarität ist zu einer Art universellem Leitbegriff öffentlicher Moral, vielleicht sollte man besser sagen öffentlicher Moralisierung der Gesellschaft geworden.

Ein Wunder ist das nicht. Je mehr sich das gesellschaftliche Leben ausdifferenziert, je organisierter es ist, je mehr die diversen Teilsysteme sich verselbständigen und die globale Arbeitsteilung wie die private Individualisierung gleichermaßen auf das Alltagsleben durchschlagen, um so wichtiger wird das „in solidum obligari“. Je größer die Entfernung der vielen einzelnen von den ihre Freiheit beschränkenden und zugleich schützenden Institutionen wird, um so lebensnotwendiger wird die Verpflichtung auf das gemeinsame Ganze. Je komplexer eine Gesellschaft wird, um so mehr kommt es aufs Ganze an und um so mehr ist das Ganze zugleich gefährdet. Es muß somit noch etwas anderes geben, was die

Gesellschaft zusammenhält, als Konkurrenz, Marktgesetze und Interessenverbände, wenn diese nicht an ihren darwinistischen Versuchungen zugrunde gehen soll.

Damit beginnen freilich auch schon die *Mißverständnisse*. Da ist zunächst jenes andere, das Gemeinwohl, das im auffälligen Kontrast zu den vielen Solidaritätsappellen im öffentlichen Diskurs nur noch wie ein „grauer Schulbegriff“ (*Hans Maier*) gehandelt wird. Man muß dem keine übertriebene Bedeutung beimessen. Eine jede Zeit hat ihre verbalen Vorlieben, ihre Moden, ihre Tabus, ihre unausgesprochenen, aber deswegen um so wirksameren Gebote und Verbote. Seltsam ist es trotzdem. Denn beim Gemeinwohl geht es ja exakt um das, was via Solidaritätsbegriff postuliert und beschworen wird, um die Zähmung der privaten und organisierten Einzelinteressen zugunsten des Ganzen, des Wohls aller.

Solidarität als Moral im Sonntagsanzug?

Mogelt sich eine ganze Gesellschaft mit moralischer Geisterbeschwörung über das ethisch tatsächlich Geforderte hinweg? Gesellschaftsmoral also als eine Art Sonntagsanzug in einer Zeit, in der Sonntagsanzüge so gut wie außer Gebrauch gekommen sind? Um damit den Mangel an tatsächlichem Gemeinsinn feierlich zu beklagen und zugleich zuzudecken? Sodann liegt auch eine gewisse *Widersprüchlichkeit im Begriff selbst*. Der Gemeinsinn, auf den man sich solidarisch verpflichtet, muß nicht zugleich das gemeinsame Ganze für alle meinen. Es bildet sich Solidarität, man verhält sich solidarisch im Blick auf ein gemeinsames Ziel; man tut sich zu-

sammen, um etwas zu erreichen, was im gemeinsamen Interesse liegt. Das Ziel kann sehr partikulär und im guten wie im schlechten Sinne interessenbestimmt sein: In Taubenzüchtervereinen wird in bezug auf das Taubenzüchten auch Solidarität geübt; kriminelle Banden setzen einen besonders hohen Grad an Solidarität ihrer Mitglieder voraus.

Das gesellschaftspraktische Substrat dieser spannungsreichen Unklarheit des Begriffs sind die vielen *Teilsolidaritäten*: Familiensolidarität, Gruppensolidarität, Verbandssolidarität, Parteisolidarität, Klassensolidarität. Alle diese Teilsolidaritäten sind höchst legitim, ja für das gute Funktionieren einer Gesellschaft notwendig und doch oft problematisch für den einzelnen wie für das Ganze der (staatlich verfaßten) Gesellschaft auf Grund mißlicher Nebenfolgen.

Familiensolidarität ist eine unerläßliche Voraussetzung für das gelingende Leben der Eltern und ein gedeihliches Heranwachsen der Kinder. Aber schon „Clansolidarität“ ist etwas anderes; und nicht selten verletzen gerade durch dick und dünn gehende Familien andere Solidaritäten und erweisen sich als Brutstätten aller möglichen gesellschaftlichen und politischen Vorurteile, von der Verunglimpfung von Außenseitern bis zum Fremdenhaß. Eine romantisch eingefärbte katholische Familienmoral (und -pastoral) hat dies lange nicht so recht einsehen wollen.

Gruppensolidarität: ohne starken Zusammenhalt erreicht eine Gruppe nie, was sie sich vorgenommen hat; aber Gruppen bleiben wie Parteien, bei denen schon das Wort darauf hinweist, in einer natürlichen Spannung zu dem alle betreffenden gemeinsamen Ganzen. Ihre Solidarität gilt originär gerade nicht diesem, sondern ihr gemeinsames Ganzes können sehr partikuläre Interessen sein: Die eine Gruppe ist für den Bau einer Umgehungsstraße oder für eine bestimmte Trassenführung, die andere kämpft militant dagegen an. Verteidigt werden dabei ausgekochte Sonderinteressen; mit Gemeinsinn, mit der Ausrichtung an den Belangen der Allgemeinheit hat es viel seltener etwas zu tun.

Parteien sind Grundpfeiler einer kompetitiven Demokratie. Sie sind unerläßliche „Träger und Mittler der demokratischen Ordnung“ (*Konrad Hesse*); ihre Programme und ihre praktische Politik ermöglichen Alternativen des Regierens, aber ihre Strategien zielen fundamentaliter auf Machtgewinn und Machterhalt. Auch das ist eine höchst legitime Aufgabe nicht nur im Sinne der Selbsterhaltung, sondern auch zum Zwecke der Erhaltung des politischen Gleichgewichts im Staat. Aber Parteien entwickeln dabei ihre eigene strategische Schwerkraft. Die Folge: von Wahltermin zu Wahltermin geht die Parteisolidarität dem im Sinne des Gemeinwohls als richtig Erkannten vor.

Schließlich die Klassensolidarität. Man sollte sie in extremer antimarxistischer Verblendung geschichtlich nicht unterschätzen. Ohne solidarischen Einsatz von Proletariermacht hätte die Arbeiterschaft in der Ausgestaltung der Industriegesellschaft auf verlorenem Posten gestanden, und die Industriegesellschaft selbst wäre ohne die erkämpften Rechte der Arbeiterschaft überhaupt nicht lebensfähig geblieben. In-

sofern ist die Klassensolidarität das ausgemachte Beispiel dafür, daß Teilsolidaritäten trotz des Obwaltens von Sonderinteressen auch ihrerseits zu einer solidarischen Gesellschaft insgesamt führen können, soweit die Zähmung eines primitiven Kapitalismus und damit eine menschenwürdigere Nutzung der wirtschaftlichen wie der gesellschaftlichen Ressourcen mit ihr Werk oder dessen Folge ist.

Aber wenn die Auseinandersetzung um sozialpolitische Sanierungsmaßnahmen wie jetzt bei der Absenkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (mit der Streichung von Urlaubstagen als Alternative) zum gewerkschaftlichen Prestigeduell mit den Arbeitgebern gemacht wird, dann degeneriert Arbeitnehmersolidarität genauso zur bloßen Machtdemonstration wie die Senkung der Lohnfortzahlung gegen geltende Tarifverträge durch renommierte Industrieunternehmen, Banken und Versicherungen mit hohen Gewinnmargen.

Auch Solidarsysteme können zu unsolidarischem Verhalten verführen

Und schlußendlich: Nicht nur Steuersysteme mit zu hohen Nominalsätzen und zu zahlreichen Ausnahmen tragen zur Entsolidarisierung bei; zur Hebung der Sache, um die es bei der Solidarität gehen soll, tragen auch die Systeme nur sehr bedingt bei, die Solidarität im Namen tragen und die gemeinhin als prototypische Institutionalisierungen von Solidarität gelten: die Solidargemeinschaften, die die großen Lebensrisiken (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Pflegebedürftigkeit) durch Gemeinhaftung abdecken. Eine gemeinschaftliche, damit solidarische Absicherung der persönlichen Lebensrisiken ist heute notwendig; zum einen, weil die enormen Kosten, z. B. bei schweren Erkrankungen, angesichts moderner Medizintechnologie nur noch von den Hochvermögenden privat getragen werden können, und weil zum anderen etwa für Billigformen der Pflege größtenteils die natürlichen Ressourcen abhanden gekommen sind.

Aber so wie die Solidarsysteme organisiert sind, laden sie ein zu organisierter Verantwortungslosigkeit. Das *Gesundheitswesen* ist das prototypische Beispiel dafür. Die Patienten, in Gesundheitsfragen höchst sensibel geworden, nehmen in Anspruch, was ihnen aus ihrer Sicht zusteht. Ärzte und Krankenhäuser verschreiben und setzen ein, was das System hergibt. Die Versicherungen selbst betreiben eine Menge Eigenbürokratie und Werbeaufwand. Und natürlich: Pharmaindustrie und Apotheken müssen ihre Marktanteile halten. So agiert jeder zu Lasten des gemeinsamen Ganzen, im konkreten Fall zu Lasten der Beitragszahler.

Dennoch oder gerade deswegen ist es völlig einseitig, die Probleme des Gesundheitswesens z. B. allein oder vor allem nur unter Kostengesichtspunkten zu sehen. Die Probleme, auch die Kostenprobleme liegen tiefer. Sie beginnen bei der Tatsache, daß für die jeweils verursachten Ausgaben niemand persönlich, sondern jeder nur über das System der Pflichtversicherung als Beitragszahler geradestehen muß.

Wer nicht einmal per Abrechnung über die Pflichtkasse zu Gesicht bekommt, was er an Kosten verursacht, neigt natürlicherweise dazu, sich für die hingegenommene Entmündigung durch Bedenkenlosigkeit zu entschädigen. Und so beißt sich, die Nebenschäden verschärfend, z. B. mit der Erhöhung von Lohnnebenkosten als Folge, die Katze in den Schwanz.

Soll also Solidarität nicht vollends zum Schlagwort entarten, muß ihr erstens ihr voller, ganzheitlicher Sinn zurückerobert werden; zum zweiten müssen die Schlupflöcher gestopft werden, die Solidareinrichtungen selbst zu unsolidarischem Verhalten öffnen; und es müssen drittens die konkreten Konfliktfelder angegangen werden, auf denen Solidarität sich durchsetzt oder zerstört wird.

Solidarität muß universell und konkret sein: universell – es darf niemand, kein einzelner, keine Gruppe, kein Volk, kein Erdteil, keine soziale Schicht ausgeschlossen sein; konkret – Solidarität muß sich zuallererst durchsetzen und behaupten, wo Menschen „personal“ zusammenleben und unmittelbar aufeinander angewiesen sind.

Man klagt über die Entfremdung von den Institutionen und ortet in den Wucherungen der Bürokratie eine der Hauptursachen dafür. Man klagt im Zusammenhang damit über Zeichen der Entsolidarisierung der Bürger auch im Verhältnis zum Staat. (Der sich exponentiell vermehrende Steuerhinterzieher ist das grassierende Symptom dafür.) Aber noch mehr gefährdet ist Solidarität zur Zeit an ihrem Wurzelgrund, im Gefüge des alltäglichen Miteinanders. Materielles Wohlbefinden hat die menschlichen Bande gelockert; die sozialen Kosten werden dem Staat als dem Repräsentanten der Allgemeinheit vor die Türe gespült.

Die Familiensolidarität stellt sich im Ringen um Rechte und Ansprüche zur Zeit vorwiegend als Geschlechterkampf dar. Es gibt so etwas wie eine öffentlich akzeptierte Rücksichtslosigkeit. Dem schon nicht mehr ganz jungen „Aussteiger“ ist nur schwer zu vermitteln, daß sein moralisch so hoch bewertetes einfaches Leben jenseits der Leistungszwänge zu einem guten Teil auf Kosten der Allgemeinheit gelebt und nur durch diese überhaupt möglich wird. Der Langzeitstudent sieht nicht ein, daß eine raschere Beendigung des Studiums irgend jemandem nützen könnte. Andererseits: alerte Yuppies älteren und jüngeren Semesters gebrauchen fröhlich die Ellenbogen, und ihre neoliberalen „Vorarbeiter“ zeigen ihnen, wie man aus „dem Sozialstaat“ einen Kostenpunkt macht, den man sich angesichts der verschärften Standortkonkurrenz nicht mehr leisten kann.

Dabei kommt die Generationensolidarität zunehmend ins Gerede. Angesichts von immer mehr wohlhabenden Rentnern und verdeckter wie offener Jugendarbeitslosigkeit ist dies nicht erstaunlich. Aber wer sich als Junger als zu kurz gekommenem fühlt, muß in die Rechnung alle relevanten Faktoren einbeziehen. Die Jungen haben es schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden, als die Nachkriegsgeneration. Sie müssen mit einer karger Rente rechnen; aber sie sind sehr viel versorgter aufgewachsen als die Generation ihrer Väter und Mütter; und aus ihnen wird eine Generation von Erben: das Vererbungsvolumen ist größer geworden; geerbt wird in

größerer sozialer Breite, und die Zahl der Erben wird auf Grund der demographischen Entwicklung geringer. Mehr noch als zwischen den Generationen wird es künftig zu Solidaritätskonflikten zwischen Erben und Nichterben kommen, wie jetzt schon zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen.

Wer somit in der Gesellschaft insgesamt mehr Solidarität durchsetzen will, wird gezielt vor allem in drei Richtungen arbeiten müssen: die Selbst- und Mitverantwortung der einzelnen und der Gruppen für das Ganze mit Nachdruck einfordern, den Leistungsbegriff nachhaltig hinterfragen (sind das die tatsächlichen Leistungseliten, die Leistung so gerne für sich reklamieren und sich vom Steuerstaat dabei am meisten geschöpft fühlen?) und die Solidarleistungen auf die Absicherung von Lebensrisiken und auf die tatsächlich Bedürftigen konzentrieren. Und selbstverständlich gilt die Konzentration von Transferhilfen auf die besonders Notleidenden auch im Verhältnis der Erste-Welt-Länder zu den Dritte-Welt-Ländern.

Das Motivationspotential nutzen

Solidarisches Verhalten bedarf freilich in allen Lagen und Richtungen, besonders wenn es über Erziehung und Gesetzgebung in funktionierende Strukturen übersetzt werden soll, einer starken Motivation. In den christlichen Kirchen stecken die größten Motivationsreserven. Theologisch: weil der christliche Gott als trinitarischer Gott ganz Beziehung als Person und ganz Person als Beziehung ist und weil sich dieser Gott in der Menschwerdung durch Jesus von Nazaret mit aller Konsequenz bis ans Kreuz mit den Menschen gemein, solidarisch gemacht hat. Erfahrungsethisch: weil aus der christlichen Soziallehre in scharfer Auseinandersetzung mit kollektivistischen und liberalistischen Strömungen das einzige Solidaritätskonzept hervorgegangen ist, das auf der Selbstverantwortung des einzelnen und auf der Subsidiarität des Staates aufbauend, Gemeinhaltung und Einzelwohl in eins bringt. Ihre Maximen sind aus der *sozialen* Marktwirtschaft überhaupt nicht wegzudenken.

Aber dieses Motivationspotential muß aktiviert und an der aktuellen Situation konkretisiert werden in der Verkündigung. Es darf nicht so sein – die weihnachtliche, um die eigenen religiösen und emotionalen Bedürfnisse kreisende Idylle da und gesellschaftspolitische Kongresse und Papiere für Insider dort. Die Christen in den Kirchenbänken und erst recht die Zeitgenossen im Fernsehsessel wollen direkt angesprochen und an ihrer eigenen Verantwortung für gerechte und ungerechte Lösungen gepackt werden.

Es wird gesagt, in den Kirchen werde entweder oberflächlich politisch geredet oder so obenhin gepredigt; dem Wort des Glaubens fehle der Biß. Die Konfrontierung der Botschaft mit der erlebten Lebenswelt und den obwaltenden gesellschaftlichen Spannungen und die Konfrontierung dieser Spannungen mit der christlichen Botschaft dient beiden: der Überzeugungskraft des Glaubens wie der solidarischen Gesellschaft.

David Seeber